

Verantwortlich mit Redaktion  
der Geschäfts- und Verlags-  
Angelegenheiten

Abonnementspreis  
monatlich 50 Pf., 1/2 Jährl. 1.00 Mk.  
postfrei, bei 10 Bogen 1.00 Mk.  
bei 20 Bogen 1.50 Mk.

„Die Neue Welt“  
(Unterhaltungsbeilage), durch  
die Post nicht bezugsfähig, kostet  
monatlich 10 Pf., 1/2 Jährl. 50 Pf.

# Volkshlatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Silbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Worte: für Wahrheit und Recht.

Nr. 6.

Halle a. S., Sonnabend den 7. Januar 1893.

4. Jahrg.

## Der erste Teil der offiziellen Arbeiter-Statistik.

Sanz besonders blüht die Lehrlingszuchterei im Bäckergewerbe. Während in den von der Umfrage betroffenen Betrieben 6029 Gesellen beschäftigt wurden, gab es in diesen Betrieben nicht weniger als 3440 Lehrlinge. Das Verhältnis der Zahl der Lehrlinge in den einzelnen Betrieben gestaltet sich folgendermaßen: Von den sämtlichen 2276 Lehrlingsbetrieben haben 10 Proz. nur Lehrlinge, in 22,2 Proz. sind mehr Lehrlinge als Gesellen, in 42,4 Proz. ebensoviel Lehrlinge als Gesellen und in 25,4 Proz. weniger Lehrlinge als Gesellen.

In der Vorauslegung, ein Gewerbe erlernt zu haben, welches ausreicht, den Mann zu ernähren, ziehen alljährlich Tausende voller Hoffnung fort aus dem Heimatort, um in der Welt ihr Glück zu versuchen. Bald aber müssen sie entdecken, daß überall die Meister wohl „Lehrlinge“, d. h. jugendliche Arbeiter, welche umsonst arbeiten, gebrauchen können, aber keine Gesellen, welche Lohn verlangen. So ziehen sie von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt. Manche verfallen ins Lumpenproletariat, nachdem sie sich lange vergebens nach Arbeit umgesehen haben.

Das Bäckergewerbe gehört noch zu den wenigen Geschäften, in welche der Fabrikbetrieb noch wenig eingegriffen hat. Man in einem Geschäft der sogenannten „goldenen Boden“ des Handwerks erhalten werden konnte, dann ist hier die Möglichkeit dazu vorhanden. Führen die Meister noch ein behäbiges Dasein, dann erreichen sie dieses nur durch maßvolle Lehrlingsausbeute, durch Ueberanstrengung der Gesellen, Tuschsystem und andere heimliche Mittel, die dem Arbeiter in demselben Maße das Leben erschweren, als sie das Wohlstande der Meister heben.

Aus dem amtlichen Bericht geht nicht hervor, daß bei der Erhebung die Mitwirkung der Arbeiterorganisation in Anspruch genommen worden ist; es erscheint sicher, daß man geglaubt hat, auf dieselbe verzichten zu sollen, indem man die Fragebogen-Berichtung nach folgender Anweisung vornehmen ließ:

I. Die Fragebogen sind für alle Geschäfte bestimmt, in denen Bäckerei oder Konditorei oder beides betrieben wird; also für die Betriebe der Brot-, Kuchen-, Zwieback-, Pflaumen-, Marzipan-, Zuckerbücker, der Konditoren, Roskoff-, Gebäck- u. s. w., jedoch nur, soweit in denselben die Herstellung der Waren regelmäßig mindestens ein Geschäft gegen Lohn beschäftigt wird, und soweit dieselben nicht einen kontinuierlichen Betrieb mit Einteilung des Personals in Tag- und Nachtschicht haben.

II. Sind in der Gemeinde Bäckereien u. mit kontinuierlichem Betriebe und Einteilung des Personals in Tag- und Nachtschicht vorhanden, so ist die in denselben übliche Arbeitszeit, Pausen, Schichtwechsel u. s. w. zu ermitteln und über den Befund der Nachprüfung der Fragebogen zu berichten.

III. Für je einen in der Gemeinde vorhandene Geschäft der unter I. bezeichneten Art ist ein Fragebogen anzugeben.

Es ist deshalb unverzüglich die Zahl dieser Geschäfte festzustellen, und, falls dieselbe die Anzahl der übersandten Fragebogen übersteigt, die Nachlieferung der fehlenden Fragebogen zu befehlen.

IV. Die Fragebogen sind für die eine Hälfte der Betriebe ausschließlich an die Arbeitgeber, für die andere ausschließlich an die Arbeitnehmer zur Beantwortung auszugeben.

Die hierzu erforderliche Scheidung der Geschäfte hat nach objektiven Merkmalen, beispielsweise in der Weise zu geschehen: (daß von denselben der örtlichen Lage nach eins um das andere für die von den Arbeitgebern auszufüllenden Fragebogen, die übrig bleibenden für die von den Arbeitern zu beantwortenden Fragebogen bestimmt werden) oder (daß dieselben in die Reihenfolge, welche der alphabetischen Reihenfolge der Anfangsbuchstaben ihrer Firmen entspricht, gebracht, und dann der ersten Hälfte dieser Reihe die Fragebogen für Arbeitgeber, der zweiten die Fragebogen für Arbeitnehmer zugeteilt werden).

Jede Scheidung nach anderen Gesichtspunkten ist als unzulässig erachtet worden. Immerhin ist bei diesem Erhebungsmodus prinzipiell die gleichmäßige Befragung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zur Geltung gekommen. Auch wird in allen solchen Fällen die Mitwirkung der Arbeiterorganisation zu verlässlicheren Resultate liefern. Denn es ist nicht ausgeschlossen, daß Gesellen unter dem Einfluß des Meisters oft ungenaue, ja unwahre Mitteilungen machen, was dann nicht in nennenswertem Maße gesehen kann, wenn die Arbeiterorganisation mitwirkt und eine entsprechende Kontrolle übt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ scheint in einem Bericht über die Erhebung das Gefühl zu haben, daß die Beschränkung der Umfrage auf 1/2 der Betriebe den Wert des Ergebnisses bedeutend herabzubringen geeignet ist, wenn sie nicht das Bedürfnis, dieselbe zu vermindern. „Wenn sich die Umfrage“, meint sie, „auch nur auf ungefähr den zehnten Teil der vorhandenen Betriebe und Geschäfte erstreckt hat, so können ihre Ergebnisse doch als allgemein gültige angesehen werden. Um den Zweck derselben: eine Statistik über die Einteilung und Länge der Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoren zu erreichen, war es durchaus nicht nötig, die sämtlichen vorhandenen Bäckereien zu befragen, sondern es genügtte vollkommene, die Verhältnisse in einigen tausend Betrieben festzustellen, wenn nur dabei alle Teile des Reiches, die verschiedenen Größenklassen der Orte sowohl als der Betriebe berücksichtigt, die Orte und Geschäfte nicht willkürlich, sondern nach objektiven Merkmalen ausgewählt, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in etwa gleicher Anzahl befragt wurden.“ Diese Ansicht des offiziellen Blattes dürfte keineswegs allgemein geteilt werden; eine auf ein Zehntel der Betriebe beschränkte Umfrage, bei der überdies die Zahl der befragten Arbeitgeber eine so erheblich größere als die der befragten Arbeiter, wie es hier der Fall, kann unmöglich darauf Anspruch machen, als eine vollwertige angesehen zu werden, weshalb denn auch der Verfasser des Berichts gut daran getan hätte, sich bei in der Sache ziemlich abspredenden Bemerkung

über die bekannte Babelsche Statistik, die von allen Seiten als eine vorläufige Arbeit anerkannt worden ist, zu enthalten. Allerdings ist die Zahl der von Babel in die Unternehmung gezogenen Betriebe weit geringer als diejenige der von der Kommission befragten, oder wenn es sich schon einmal um Unvollständigkeit handelt, so kommt es am Ende auf etwas mehr oder weniger nicht an und vielleicht gleich auch die Sach- und Personenkenntnis, mit der Babel an seine Aufgabe gegangen ist, den Unterschied der Zahl hier wenigstens zum Teil aus. „Wenn“ — so bemerkt die „Frankf. Ztg.“ — der Verfasser des Berichts, um das „ungünstiger“ lautende Ergebnis der Babelschen Unternehmung zu erklären, darauf hinweist, daß dieser nur Arbeitnehmer befragt habe und letztere notorisch geneigt seien, die Dinge etwas schwärzer anzusehen, als die Arbeitgeber, so kann man mit der gleichen Berechtigung den Stiel umwenden und sagen, daß die Arbeitgeber ebenfalls notorisch leicht geneigt sind, die Verhältnisse allzu günstig anzusehen. Die befragten Arbeitgeber bilden aber, wie bereits bemerkt, bei der Kommission's Erhebung die Mehrzahl. Das hat vielleicht den einen Vorteil, daß man nicht auf diese Weise gewonnenen Ermittlungen wenigstens den Vorwurf machen kann, sie seien tendenziöse Nachforschungen von „Styrern“, und die daraus sich klar und deutlich ergebenden Uebelstände seien lediglich Einfindungen zu bekannten Fiktionen.“ (Ech.)

## Volkstische Ueberfahrt.

Zur Militärvorlage liegt eine Äußerung des Kaisers vor. Derselbe hat nach einer Mitteilung des „Reichs-Anzeigers“ bei dem Neujahrsempfang der kommandierenden Generale sich dahin geäußert, daß die Durchführung der beschlossenen Heeresreform für Deutschland eine militärische und politische Notwendigkeit sei, und daß er zuversichtlich erwarre, wie die Erkenntnis hiervon sich immer mehr Bahn brechen werde. Er habe fest zu der von den verbundenen Regierungen eingebrachten Vorlage.

Diese Äußerung kann — so läßt sich hierzu das „Hamburger Echo“ aus — nach alledem, was Graf v. Caprivi im Reichstage erklärt hat, nicht überraschen. Daß der Kaiser die in obiger Mitteilung angegebene Stellung einnimmt, konnte von vornherein sein Geheimnis sein; es ist das auch oft genug in der Öffentlichkeit erklärt worden. Jeder nur halbwegs politisch gebildete Mensch weiß ganz genau, daß die Militärvorlage nicht hätte eingebracht und vom Reichstagler in bekannter Weise hätte verteidigt werden können, wenn nicht der Kaiser fest zu derselben stände.

In anbetracht dieser Tatsache kann der kaiserlichen Rede eine „aufregende Wirkung“ nicht beigemessen werden; sie entbehrt selbst einer höheren politischen Bedeutung; höchstens bringt sie den Gegensatz zwischen Volk und Regierung noch etwas schärfer zum Ausdruck. Ueber die entscheidende oppositionelle Stellung der großen Majorität des Volkes zur Militärvorlage nicht die Regierung, kann auch der Kaiser nicht im Zweifel sein. In seiner „aufrichtigen Erwartung“,

## John Morrison.

Roman von Frank Barrett.  
Auseerliche Beschreibung von H. Geisel.  
(Fortsetzung)

„Ich gelte doch für einen Dieb, ob ich den Haken mitnehme oder nicht“, argumentierte John mit sich selbst, „und wenn mich die Menschen für unrecht halten, so ist wenigstens wenigstens für Sie, ob ich diesmal zugreife oder nicht. Meine Kinder warten auf das — und es wird's auch nicht gleich einer sein!“

Vorsichtig nach allen Seiten spähend und lauschend, bückte sich John wiederum und hob den Haken auf. Ringum blieb alles still; nur in Johns Ohren brauste es jenseitig und „Dieb! Dieb!“ klang es in seiner Brust.

Und dann kam ein anderer Laut und Ton, der sein Blut erstarren machte und seinen Fuß am Boden wurzeln ließ. Ein schriller Pfiff erklang, dann vernahm John, wie das dicke Unterholz knackte und wie sich hastige Schritte näherten.

Johns erster Anruf war, den Haken fortzuwerfen und davonzulassen; dann erwartete er diesen Gedanken wieder. Keine Freigebit! Hatte er unrecht getan, so mußte er auch die Folgen tragen; so saßte er den Haken fester und blieb stehen.

Aus dem den „Sandweg“ begrenzenden Gebüsch sprang ein Mann auf die Straße, in welchem John den Gehilfen Ledgars, Georg Foster, erkannte. Gleich darauf erschien Ledgar selbst.

„Holla, John Morrison — was haltet Ihr denn in der Hand?“ riefte Ledgar.

„Einen toten Haken“, gab John gelassen zurück. „Ich fand ihn auf der Straße und hob ihn auf, wie ihr vernünftig wißt.“

„Um — Ihr habt mir neulich erst gesagt, es sei meine Pflicht, dergleichen aufzufahren“, höhnte Ledgar, indem er sich vorsichtshalber hinter Foster, der auffallend stark und breit war, stellte. Foster war in seiner Jugend ein berühmter Wildbich gewesen und im Wald kannte er Weg und Steg besser als jeder andere.

„Ihr braucht Euch nicht hinter Foster zu verstecken, Ledgar“, knurrte John; „ich prägle Euch nicht, wenn Ihr auch weniger Wert seid als ein Hund! Also mach's kurz, Mann, was wollt Ihr, mich oder den Haken?“

„Weißes“, verlegte Ledgar. „Pack ihn, Foster, und auf Schloß mit ihm!“

„Hand weg, Bürsch! Ich sperre mich nicht, aber anrühren soll mich keiner. Wollt Ihr vor mir oder hinter mir hergehen, Ledgar?“

Ledgar hielt es für geraten, die Nachhut zu dühen; John Schritt neben Foster dem Schlosse zu, indem seine Rechte das corpus delicti schwang.

„Wegen eines verfluchten Viehs wird's den Kopf nicht kosten!“ dachte John und ruhigen Schrittes folgte er seinen Begleitern ins Gefindzimmer. Die dort versammelte Schloßdienerschaft blidete ihn erkaunt an — nicht wenig erkaunt vor Sir Aveling, als der Verwalter ihm meldete, John Morrison sei schon wieder da, und zwar diesmal wegen Diebstahls eines Haken.

Der Schloßherr befahl, den Mann in die Bibliothek zu führen und als John diesen Raum betrat, begann Sir Aveling streng:

„Es ist genau so gekommen, wie ich mir's gedacht; ich hätte Euch gleich das erste Mal einstecken lassen sollen, um Euch vor dem zweiten Mal zu warnen. Kommt näher und seht mich an — was haltet Ihr in der Hand?“

„Einen toten Haken“, verlegte John, das Tier emporhaltend.

„Wir erstopfen ihn mit dem Haken in der Hand“, berichtete der Bibliothekar.

„Um — was habt Ihr zu Eurer Verteidigung vorzubringen, John?“ Sir Aveling erhob seine Stimme so laut, daß ein Tauber ihn hätte verstehen müssen.

„Verteidigung?“ wiederholte John, als habe er nicht recht gehört.

„Nun ja — was habt Ihr zu sagen?“

„Nichts — garnichts.“

„Ihr nicht so einfältig — was habt Ihr in betreff des Haken vorzubringen?“

„Daß er, als ich ihn aufhob, gerade so auslief, wie jetzt.“

Und dann legte John das Tier auf den Tisch.

„Ah, Ihr wollt mich glauben machen, Ihr hättet den Haken nicht stehen wollen?“

„Stehen — in Was! Da liegt das Vieh mag's nehmen wer will! Wenn ich hier dies Talglicht in die Hand nehme und es dann wieder dinstelle, wird doch kein Mensch sagen, ich hätte es gestohlen!“

„Halt's Maul, Schurke — mit mir spricht man nicht in dieser Weise!“

„Ich sage nur, was wahr ist. Ich hob den toten Haken von der Straße auf — da liegt er unverfehrt, nehmt ihn, wenn er Euer ist.“

„Ihr sollt Eurer Unverschämtheit schon büßen, das Gericht wird Euch Mores lehren!“

„Das Gericht? Soll ich wegen eines toten Haken vor Gericht?“

„Schweig!“ schrie der Baron, mit dem Fuße stampfend. „Ledgar, wie lange ist's her, daß Ihr Morrison im Verdacht habt, er stiehe Vieh?“

„Na, — so an die zwei Jahre, gnädiger Herr.“

(Fortsetzung folgt.)

daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der beschlossenen „Rechtsreform“ sich immer mehr Bahn brechen werde, dürfte es eine Enttäuschung erfahren. Denn wir glauben nicht, daß auch nur ein einziger Mensch, der bis dahin auf Grund reiflicher Erwägung Gegner dieser „Rechtsreform“ war, deshalb seine Ansicht ändern sollte, weil der Kaiser dieselbe nicht für richtig hält. Was wieder über die Notwendigkeit der Annahme der Vorlage gesagt hat, enthält selbst für militärferne Geister nichts, was als überzeugend der Grund gelten könnte. Das dem Reichskanzler Grafen von Caprivi und der offiziellen Presse unter Geltendmachung aller nur möglichen Gründe nicht gelungen ist, von jener „Notwendigkeit“ zu überzeugen, das wird auch die einfache Behauptung des Kaisers nicht bewirken. Die erdrückende Mehrheit des Volkes und mit ihr die des Reichstages vermag die Notwendigkeit der Vorlage nicht anzuerkennen; beide Teile sind umgekehrt der Überzeugung, daß die Rechtsreform finanziell und volkswirtschaftlich dem deutschen Volke unerträgliche Lasten und unerschwingliche Kosten auferlegt. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Erkenntnis in Regierungskreisen sich Bahn bricht und gebührende Respektierung erfährt.

Auch diejenigen Politiker überaus ist nicht, welche aus der „faislischen“ Rede die Unvermeidlichkeit der Reichstagsauflösung folgern. Man ist im Lager aller Parteien auf diese Maßregel längst gefaßt und es hätte nicht erst der Ausrufung des Kaisers bedürft, die Erwägung der Auflösungs-Möglichkeit nahe zu legen. Die Situation war schon vor der Rede des Kaisers völlig klar. Man wisse derselben imhinein eine neue Umschreibung des bekannten Wortes: „Suprema lex regis voluntas“ bei. Das läßt uns kalt.

**Warum unter dem Stipendiaten des Reptilienfonds kein einziger Ultramontaner ist,** erklären die Münchener „Katholischen Nachrichten“ kurz damit, daß man es nicht der Mühe Wert gehalten habe, einen Ultramontanen zu rezeptieren. Diese Anschauung verlegt das „Bayerische Vaterland“ des Dr. Sigl folgendermaßen:

Als vor mehr als 20 Jahren in München preußisch rezeptiert wurde, war der mit diesem Geschäfte betraute Preuß eben auf dem Weg zum Redakteur des — „Bayer. Vaterland“, als er einem — Bekannten begegnete und ihn um seine Meinung sondierte. „Um Gotteswillen, lassen Sie das“, — wehrte der Bekannte ab —, „der Reel ist im Stande und bringt das morgen in sein Blatt!“ — Unterließ der Versuch. Das erzählte uns vor Jahren eine heutige Exzellenz, Doggen hatte der Versuch beim — wir nennen gleich den Namen — „Bayer. Landboten“ Erfolg; er begnügte sich mit monatlich 50 Thalern, worüber Verleger und Redakteur sich dann in die Haare gerieten. Wie lange das Stipendium bezahlt wurde, wissen wir nicht.“

Es sind also doch Ultramontane „rezeptiert“ worden!!

**Modernen Basiliken** gleichen unsere Irrenanstalten. In der letzten Zeit sind grauenvolle Thaten an den Tag gekommen, die unsere Rechtszustände in traurigem Lichte erscheinen lassen. Da ist es der Mord an einem einsiedelnden Mannes, der, von dem Gatten mit seiner Gattin auf seiner Treppe ertrankt, um den Stempel zu vermeiden, der Gattin im Irrenhause verhaftet; dort ist es ein schändlicher Mordanschlag, der seinen Mandanten für irrsinnig erklären läßt, weil dieser ihm einen gemeinen Betrag nachweisen wollte. Hier sind es Schicksalsfreitigkeiten, dort ist es der Abfall von Glauben, welche Menschen, die nichts weniger als gemeingefährlich sind, Zeit ihres Lebens ins Irrenhaus — führen. Das neueste auf diesem Gebiete aber ist, daß auf Antrag der Staatsanwaltschaft ein Landgericht beschließt, einen Preußländer, nämlich den bekannten Dr. jur. Morris de Jonge zur Beobachtung in ein Irrenhaus zu entsenden. Diesem Beschluß liegt folgender Hauptbestand zu Grunde: Am 3. April d. J. veröffentlichte M. de Jonge in der „Hannoverschen Post“, deren Chefredakteur er damals war, einen längeren Artikel, welcher unsere heutigen Zustände und die Art unserer Richterpflege einer scharfen Kritik unterzog. In weiteren entwidelt der Artikel den Gedanken, daß die schwere Schänderei und heuchlerische Vertuschung die schweren Schäden, an denen unser Volk in so vielen Richtungen krank und die nachgerade ein öffentliches Geheimnis geworden, nur verschimmern müsse. Der Artikel sprach nur

mit klaren Worten das aus, was Tausende und Hunderttausende fühlen, ohne doch den Mut zu finden, es offen zu sagen, und führte zum Schluß ungefähr aus: Soll darum die soziale Reformarbeit entschlossen und zielklar in die richtigen Bahnen gelenkt werden, soll nicht Stillschweigen geleistet werden mit allerlei kleinen Mitteln, die nimmermehr die soziale Not auch nur zum kleinen Teil beseitigen können, mögen es nun Arbeiter-Versicherungsgesetze sein, soll von Grund aus neu gebaut und der Neubau auf ebenen Fundamenten errichtet werden nach dem Satze: *Justitia est fundamentum regnorum!* (Werdigkeit ist die Grundlage der Staaten), dann muß bei jeder gebotenen Gelegenheit nachdrücklich und rücksichtslos mit unarmbrüger Offenherzigkeit immer wieder an die traurige aber wahre Thatfache erinnert werden, daß die heutige Justizpflege nicht das rücksichtslose Vertrauen des Volkes besitzt!

Für diesen Artikel nach Einleitung des Strafverfahrens Beobachtung im Irrenhause!

Aber das Beste kommt noch. — Die bürgerliche Presse, die politisch-religiösen Freunde des bisherigen Antisemitismus, finden nicht den Mut, den Hauptbestand zu veröffentlichen, und M. de Jonge ist gezwungen zum „Vorwärts“ seine Zuflucht zu nehmen; an die Partei, welche als Feindin aller bürgerlichen Ordnung verstanden wird, wendet sich das Bürgerthum, wenn es von seiner eigenen Gesellschaft Geringschätzung verlanget. So lange de Jonge früher nur die Juden an-riff, öffnete ihm die „Kreuz-Ztg.“ seine Spalten. Sehr mit Recht fragt deshalb M. de Jonge am Schluß seiner Einleitung: Welche Zukunft erhofft man für eine Gesellschaft, deren Säulen anfangs auf ewig ebenen Fundamenten, auf dem die ganze unerbittliche Welt beruht und auf dem allein auch die Reiche auf Erden wahrhaft sicher ruhen können, nicht auf Geringschätzung fußen!! Wir ertheilt die Antwort auf diese Frage klar und untrüglich die Geschichte! Das wir gegenüber geübte Verfahren ist nicht neu! Nur der Name ist neu! Es bestand bereits zur Zeit des ancien regime (alten Regiments) in Frankreich. Die „Gutachten“ hießen damals *lettres de cachet* (Scheimbriefe) und die Irrenhäuser — Bastillen! Dieses Verfahren wurde erst durch einen Beschluß der Nationalversammlung vom 23 Juni 1789, also 3 Wochen vor dem eigentlichen Ausbruch der Revolution, beseitigt. Gerade im letzten Jahrzehnt vor der Revolution stand es im höchsten Flor. Mirabeau war es dann, der im Jahre 1782 in einem „Essai sur les lettres de cachet et les prisons d'état“ mit der ganzen Sprachgewalt seines mächtigen Stils der Öffentlichkeit dieses gewaltsame Geheimverfahren in seiner ganzen fäheren Wirklichkeit vorführte! —

**Ueber die Soldatensühnhandlungen in Schwernin** schreibt die offizielle „Westf. Ztg.“:

Nach amgehender Stelle eingegangenen Erkundigungen beschäftigen sich die in Nr. 607 unserer Zeitung erwähnten Berichte über hier in Schwernin vorgekommenen Soldatensühnhandlungen beunruhigt in vielen Punkten. Es haben bereits Befragungen stattgefunden, und mit der Mittheilung in der sofort eingeleiteten kriegsgerichtlichen Untersuchung die strengste Befragung veranlaßt. Die Sühnhandlungen sollen zum Teil ein derartiges nicht wiederzuergebendes Gemisch von Rohheit und finstlicher Einwirkung tragen, daß man geneigt sein könnte, an der Zurechnungsfähigkeit des Hauptbeteiligten, damaligen Sechzehnjährigen, jüngsten Unteroffiziers, zu zweifeln.

Das ist ja eine recht merkwürdige Art der Entschuldigung. Nachdem es in diesem Falle nicht angeht, die Sühnhandlungen abzuleugnen, beweist man die Zurechnungsfähigkeit des rohen Mißbandlers. Dieser ist aber in der Zwischenzeit doch zum Unteroffizier avanciert. Sollte es nun in Mecklenburg möglich sein, daß Unteroffiziersstellen mit Unzurechnungsfähigen besetzt werden?

„Vergessene Millionen“ betitelt die „Freis. Ztg.“ des Abg. Richter einen Artikel, welcher an der Hand der Etatsübersichten, die der Militärkommission zur Erläuterung der Militärvorlage unterbreitet worden sind, ausgerechnet, daß die Ausführung der neuen Vorlage an fortwährenden Ausgaben weit mehr beanprucht als 64 Millionen Mark. Die „Freis. Ztg.“ kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die fortwährenden Mehraufgaben sich alsbald schon um 15—20 Millionen Mark höher stellen, als jetzt veranschlagt ist. Eine Prüfung dieser Etatsübersichten — so wird in dem genannten Blatte ausgeführt — ergibt, daß fast nur diejenigen dauernden Ausgaben in

Ansatz gebracht sind, welche bei den Truppenteilen selbst anfallen. Beispielsweise ist kein Pfennig mehr in Ansatz gebracht für die Erweiterung und Vermehrung der Bezirkskommandos, für die künftige Erhöhung des Stills-Unteroffiziersperrn, für die bauliche Ueberbauung der Garnisongebäude und für die Unterhaltung der Übungsplätze. Obenwiegend sind irgend welche Mehraufgaben eingezeichnet als Folge der Veresterkung im Kriegsministerium, Militärkassenwesen, Militärinventuren, dem Militärjustizwesen und dem Militärgefängniswesen. Für die Instandhaltung des Artillerie- und Maschinenmaterials in den Depots, für die technischen Institute der Artillerie, für die Traindepots und das Material in denselben ist als Folge der Veresterkung nichts in Ansatz gebracht; auch für die Personalverwaltung des Artillerie- und Maschinenwesens werden die Mehraufgaben auf kaum ein Prozent der bisherigen Summe berechnet, während die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke von jetzt 486 983 Mann um 88 894 Mann, wozu noch die Erhebung der Regularität zur Durchführbarkeit kommt, eine Gesamtvermehrung von über 105 000 Mann, also weit mehr als 20 Prozent bedeutet.

**Im Leipziger Eheheiligkeitsfall.** Wie ihn der „Wähler“ sehr gut benannt hat, weiß das genannte Blatt weiter zu berichten: Ein weiteres Aufsteigerquartier für die Leipziger saisonable Welt ist in der Nähe des bayerischen Bahnhofes aufgehoben worden. Die Inhaberin, ein Fräulein W., hatte die ganze erste Etage des betreffenden Hauses inne, empfing „feinen Herren- und Damenbesuch und hatte dabei ihr gutes Auskommen. Abermals sind eine große Anzahl „Damen“ der „besten“ Kreise arg kompromittiert, außerdem auch „schäbige“ Herren und namentlich ein hiesiger Bankier. Die Inhaberin des Quartiers wurde an die Staatsanwaltschaft eingeliefert.

**Zum Notstand in Rußland.** Aus Petersburg wird gemeldet: „Der Zar hat im Hinblick auf den drückenden Notstand, der neuerdings in mehreren russischen Gouvernements herrscht, die unerträgliche Inangriffnahme verdorbenen Straßen- und Eisenbahnanlagen angeordnet. Um dadurch der notleidenden Bevölkerung Erwerb zuführen. Mit der Leitung dieser Arbeiten ist General Annenow beauftragt worden.“ — In Deutschland existiert bekanntlich noch kein Notstand!

**Kürnberg, 3. Januar.** Die Staatsanwaltschaft ließ die heutige Nummer der „Kürnberg Stadtzeitung“ beschlagnahmen, da sie eine Verleumdung des Prinz-Regenten in einem Artikel enthalte, indem die selben erfolgte Verleumdung des persönlichen Abels an den Bürgermeister von Kürnberg, Herrn Dr. Schuch, mißbilligend besprochen war, und zwar vom Standpunkte der Bürgerchaft aus, die keine Ehre darin erblicken könne, wenn für ihren ersten Angehörigen, den Bürgermeister, der schlichte bürgerliche Name für nicht mehr gut genug erachtet werden würde. Dortmund, 4. Januar. Am nächsten Sonntag werden in zwölf Orten des Kreises Volksversammlungen stattfinden, in welchen sozialistische Redner gegen die Militärvorlage sprechen werden.

**Paris, 5. Januar.** In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß in der Panamafrage eine entscheidende Wendung bevorstehe. Sofort nach Zulassung der Kammer wird der bekannte Abgeordnete Parquet wieder mit mehreren hierauf bezüglichen Interpellationen an die Regierung herangetreten.

**Parteinachrichten.**

Am 1. Januar, nachmittags 4 Uhr, wurde in Sässa bei Baretitz für Mecklenburg-Schwernin, Mecklenburg-Streit und die Hansestadt Sässa eröffnet. Es waren 62 Delegierte aus 27 Orten erschienen. Außerdem waren auswendig 6 Mitglieder der Nationalkommission, der Reichstags-Abgeordnete Dr. Schwarz, der Kreisverwalter von Barchow, Dr. Jung, 3 Räte aus Sässa und 8 aus Edersee. Die Nationalkommission, die in Sässa ihren Sitz hat und seit März 1892 besteht, hatte laut verlesener Abrechnung bis zum 31. Dezember eine Einnahme von 971.95 M., eine Ausgabe von 498.50 M., somit einen Reinertrag von 473.45 M. zu verzeichnen. Aus ihrem Bericht ist hervorzuheben, daß trotz der geringen Mittel und der besondern Schwierigkeiten in 23 Orten teils öffentliche Wertpapiere, teils geschlossene politische Versammlungen abgehalten worden sind. Im Laufe der Verhandlungen wurde von den Deleg.

163) **Am Beschluß der Zeit.**

Zeitgenössischer Roman in drei Bänden von A. Otto Bakker.

(In neuer vom Verfasser bewerkter Bearbeitung.) (Nachdruck verboten.)

„Und doch haben dieselben sich gegeben, als sprächen sie im Namen der großen Menge des Volkes, haben aber auch Kundgebungen aus der Mitte des Volkes hervorgehen lassen, wie sie nie unter weitläufiger sein konnten.“

„Weil der Liberalismus immer einige Ideen gesetzt und vertreten hat, die teils dem Denken wichtig, teils auch der wirklichen Fortschritt, wenn auch nicht in für das Volk wesentlichen Dingen, im Auge hatten. Zudem wirt der unerschaffene Arbeiter in seiner Kainität alles, was ihn drückt, auf die Schultern der Regierung, betrachtet jeden Kampf gegen die Regierung als in seinem Interesse geführt und bleibt zum Teil, trotz vielfacher herber Enttäuschungen, noch immer in diesem Wahne.“

„In einem gewissen Sinne haben sie freilich auch ganz recht; denn wenn die Regierung die Benachteiligung einer Klasse von Staatsangehörigen durch eine andere nicht duldet, wie sie es auch nicht sollte, und wenn sie allen mit gleichem Maße dienste, dann wäre auch dieses nicht möglich, was jetzt beklagt wird.“

„Und was sind denn nun die beklagtesten Uebelstände im Volke, Herr Doktor, damit ich einen Galteputik gewinne?“ „Mißfakt, viel Lange, und seine Wangen färbten sich ob der wider seinen Willen sich einstellenden Aufregung; und wenn wir vor Menschen vorübergehen, welche von der Natur Natur stiefmütterlich ausgestattet wurden, an unheilbaren Uebeln und Gebrechen leiden, dann zieht sich unser Herz trampschloß zusammen; wir suchen dem Armen, so viel wir können, Erleichterungen zu schaffen; die Wissenschaft studiert

Tag und Nacht, um Heilmittel oder doch wenigstens Linderungsmittel aufzufinden, und hat sie eins, wenn auch nur ein kleines gefunden, dann ruft eine freudige Welt dem Entdecker oder Entfinder im Namen der Menschheit einen Glückwunsch zu, denn da fühlen alle, daß die Menschheit in ihrer Gemeinschaft ein Bollwerk bilden müssen gegen die feindlichen Naturmächte, daß die Mitleidigkeit eines Uebels, einer Krankheit bei einzelnen eine Erhöhung des Glückes für die Gesamtheit einschließt. Aber fürchterlichere Uebel, als sie je durch die Natur erzeugt wurden, hat die Menschheit durch die Menschen zu erliden gehabt, wie ja schon Sophokles so erhaben ausruft:

„Vieles Schreckliche giebt's, doch nichts Schrecklicheres als den Menschen.“

Bon den alten Zeiten da triegerische Stämme die Urbewohner des Landes überwandten, ihre Götter in Besitz nahmen, sie zu fortwährenden Sklaverei zwangen, eine Form, die in der Reges-Sklaverei eine Verjüngung in christlicher Zeit erfuhr, in der Leibeigenschaft und Fröigkeit nur den Namen wechselte und die in unsere Zeiten in der Unterdrückung und Ausbeutung der großen Masse der Besitzlosen fortbest, ist der größte Jammer, das größte Leid dem Armen durch seine vom Glück mehr begünstigten Mitmenschen zugefügt worden. Das Leid des Armen findet schon häufig keine Wiege; unter ungenügender Nahrung und Pflege, materiell und geistig, ja auch sittlich genommen, wächst es auf, muß schon mit 4 und 5 Jahren etwas thun, um nicht ganz umzukommen zu leben, um einen Teil der Arbeitslast zu tragen, die auf den Schultern der Eltern ruht; mit 6 und 7 Jahren stellt man die schwächlichen Kinder schon sich mit den jüngeren Geschwistern herum-schleppen, wobei so viele verkrüppeln; sie genießen einen Unrecht, der im späteren Alter nirgends ausreicht. Das Leid wird aus der Schule entlassen; es möchte einen Verstoß folgen, zu dem es sich hingegen führt; es hat die Kennt-

nisse nicht, vielleicht auch nur die Mittel nicht, denn es muß sofort seinen Unterhalt zum wenigsten teilweise verdienen. Nun ist es erwachsen, nun hat es vielleicht unter großen Mühen und Anstrengungen die Kraft gewonnen, um sich eines eigenen Herd zu gründen, aber es geht nicht, es fehlt an den allerbürtigsten Mitteln. Der Mann muß einen Brotherrn suchen, der ihm die Werkstätte bietet, in die er zuwar seine Kraft verwerten kann, aber nur soviel erhält, als da hilft vor'a Hungertode zu schützen, während der Gewinn in die Taschen des Kapitalisten fällt, der bei allen passenden Gelegenheiten diese fruchtlose Sklaverei noch besser auszunutzen sucht. Das Mädchen muß in den Dienst oder in die Fabrik; ist es hübsch, so fällt es noch kurzem Kampfe zujungen dem Stolz der Entbehrung und den Verdungen einer erkranklichen Erziehung der Mutter jener selben Privilegierten zum Opfer; ein neuer Tribut und der schmerzhaft, welchen die Klasse der Entbehrten dem Kapitale und seinen Anhängeln darzubringen hat. Die Ehen sogar werden dem Arbeiter nicht nur durch die materielle Not, sondern auch noch durch scheinbar vernünftige Gesichtsbestimmungen erschwert, welche nur die Prostitution und das Konkubinat zur Folge haben, denn eine Frau findet an den starren Gesetzen der Natur jede Volkseindämung; wie schon Schiller sagt:

Etwas will er sein Eigen nennen, Oder der Mensch wird worden und brennen.

Und doch, Majestät, mocht man es so einem unglücklichen Mädchen, das nach dem sogenannten Selbstmord hilflos in der Welt herumirrt, zur Pflicht, das Kleine zu erlösen, mocht man es ihm zum Verdrehen, wenn es in seiner Verzweiflung dieser verzweifelt Welt ein unglückliches Opfer mehr entzieht, richtig man, als größtenteils Ironie auf alle Begriffe von Humanität, Kindesmörderinnen auf immer zu grunde, begräbt sie in den nachgebenden Buchstaben, den Folterstätten der Neuzeit.“ (Fortsetzung folgt.)



